

20. / VII. 1917

Krieger-Wirtschaftsheimstätten.

Die Zentralstelle des Deutschen Städtetages hatte die Mitgliedsstädte um nähere Nachrichten über die Beschaffung von Heimstätten für Kriegsverletzte und Kriegshinterbliebene gebeten; auf diese Rundfragen liegen Antworten von insgesamt etwa hundert Städten vor, von denen die Hälfte über besondere Maßnahmen oder Pläne betreffend Kriegerheimstätten nicht berichten kann. Die andere Hälfte vermag zwar positive Einzelheiten zu geben, sie beziehen sich aber nur in Ausnahmefällen auf wirklich ausgeführte oder tatsächlich in der Ausführung begriffene Heimstättenanlagen.

Während die Frage von Krieger-Sammelheimen eine möglichst weitgehende Beschränkung erfahren hat, sind die Maßnahmen zur Förderung der Krieger-Wohnheimstätten von einer ganzen Reihe von Städten auch unter Mitwirkung von anderen Körperschaften getroffen worden, dagegen scheinen die Maßnahmen zur Förderung der Krieger-Wirtschaftsheimstätten als Einzelsiedlungen auf dem Lande mit landwirtschaftlichem Hauptbetrieb bisher hinter den Bestrebungen für die Wohnheimstätten zurückzubleiben. Nachrichten über besondere gemeindliche Veranfassungen und Pläne liegen nur aus Berlin, Bernburg und Schleswig vor.

In Berlin wird erwogen: die Errichtung kleiner Gemüsebauernstellen von 2 bis 3 Morgen auf einem etwa 500 Morgen großen Gelände außerhalb des Stadtbezirks und die Errichtung von Gärtner- und Arbeiterstellen auf den städtischen Gütern, für welche die Stadtgemeinde Gehöft mit Wohnung, Stall und Scheune zum Preise von etwa 10 000 M. zu errichten haben würde. In Bernburg wird die Einteilung von 5 kleinbäuerlichen Siedlungsstellen geplant; die Baukosten für ein Wohnhaus mit Ställen für jede Stelle werden sich auf 6500 bis 7000 M. belaufen. Schleswig wird auf städtischem Eigengelande u. a. auch ländliche Stellen als Kriegerheimstätten einrichten.

Die Maßnahmen einiger anderer Städte bewegen sich zunächst auf mittelbaren Wegen. In Berlin-Schöneberg wird die Ansiedlung von Kriegsbeschädigten auf Rentengütern durch Fühlungnahme einer gemeindlichen Beratungsstelle mit Landgesellschaften in Brandenburg, Pommern, Mecklenburg und Ostpreußen gefördert; in Krefeld werden die gleichen Ziele gesucht durch Zusammenarbeiten mit der Provinzialverwaltung und der Landwirtschaftskammer. In mehr unmittelbarer Richtung berichten Breslau, Koftak und Stade. In Breslau wird die Ansiedlung Kriegsverletzter auf den städtischen Gütern unter Mitwirkung der Schlesischen Landgesellschaft in Breslau erwogen; in Koftak wird die Errichtung einer Kriegerheimstättenstiftung durch eine gemeinnützige Gesellschaft unter Beteiligung der Stadtverwaltung geplant, die in erster Linie Wirtschaftsheimstätten einrichten will; in Stade schließlich ist eine Obben-Stiftung errichtet worden mit dem Zweck, Kriegsbeschädigte als Gemüsebauer im Regierungsbezirk Stade anzusiedeln.